

# Uni-Proteste in Tschechien



Als der tschechische Bildungsminister im letzten Jahr Reformen zur Ökonomisierung der Hochschulen initiiert, reagieren Studenten, Dozenten und Mitglieder der akademischen Verwaltung mit den größten Uni-Protesten seit der Samtenen Revolution 1989. UNIMUT bricht das Schweigen der deutschen Medienlandschaft und berichtet ausführlich über die Woche der Unruhe im Februar, den Erfolg der Bewegung die Reform abzuwehren und die gesellschaftliche Bedeutung einer engagierten Studentenschaft.

Von Janina Reibold & Chiara Westermann

## Die Erklärung der Initiative Für freie Hochschulen

Die akademischen Freiheiten und die Selbstverwaltung der Hochschulen wurden von Studenten und Pädagogen als ein Teil der erneuerten Freiheiten der ganzen Gesellschaft vor zwei Dekaden gewonnen. Für frei halten wir die Hochschulen in dem Fall, wenn die akademische Gemeinde mit adäquater Vertretung von Studenten, Lehrkräften sowie von Wissenschaftsarbeitern über alle wichtigen Fragen der Hochschule demokratisch und unabhängig von äußerem politischen und ökonomischen Druck entscheidet. Die gegenwärtige Regierung bedroht diese Freiheiten mit den beabsichtigten Veränderungen der Hochschulgesetze grundsätzlich.

Wir verteidigen nicht den Status quo der öffentlichen Hochschulen – wir als akademische Gemeinde kennen ihren Status besser als irgendein Staatsbeamter oder Politiker, der die Veränderungen vorbereitet. Ist es aber nicht alarmierend, dass zu beiden gesetzgeberischen Intentionen der Rat für Hochschulwesen, die Tschechische Rektorenkonferenz und die überwiegende Mehrheit der akademischen Senate eine ablehnende Stellung eingenommen haben? Deshalb lehnen wir nicht nur die beiden oktroyierten Intentionen ab, sondern betonen zugleich: das Problem der Intention steckt nicht in den Details und Formulierungen, die vielleicht ein klügerer Minister besser erklärt hätte. Nein. Wir lehnen die Ideengrundlage der Hochschulreformen, sowohl ihre Ziele, als auch die Methode der Durchsetzung, ab.

Die ministerialen Reformatoren glauben, dass das Marktprinzip und die Managerführung den anderen Organisationsprinzipien der öffentlichen Institutionen übergeordnet sind. Hiervon gibt es nur einen Schritt zur simplifizierenden Anschauung der Bildung als Ware, welche die Studenten wohl befummeln, loben, kaufen oder sein lassen können, und später in Form ihrer Qualifikation auf dem Arbeitsmarkt verkaufen werden.

Der Sinn und die Berufung der Hochschulen finden wir aber in etwas anderem. Sie bestehen in der Erkenntnis der Welt, für manche auch in ihrer Veränderung und in der Vermittlung des Erkannten an Andere. Der Lehrer und der Schüler sind nicht bloß wegen einander oder sich selbst zuliebe da, beide sind hier wegen der Wissenschaft; einer allgemeinen sowie konkreten. Die Hochschulen spielen zugleich eine unersetzbare Rolle im Bildungswesen, sie erziehen zu der Kraft, nicht an einem vorweg erzeugten Weltbild teilzuhaben, d.h., zu einem selbständigen und kritischen Denken. Darin sind sie außergewöhnlich. Den Nutzen dieser Ausnahme reservieren sie nicht für sich selbst: in Form eines öffentlichen Gutes dient er der ganzen Gesellschaft. Und demokratische Gesellschaften sollten unserer Überzeugung nach ohne weitere Gebühren einem jeden eine Ausbildung in Abhängigkeit von seinen Fähigkeiten ermöglichen.

Die Grundvoraussetzung für die Existenz der freien Hochschulen ist ihre Selbstverwaltung. Worin besteht sie? Sie besteht in der Freiheit, die Leitung zu wählen und zurückzurufen, die Art von Anwendung der von der Gesellschaft zugeteilten Mittel festzusetzen und das zu bestimmen, womit sich die Hochschulen befassen werden.

Die von der Regierung entworfenen Gesetze sollen diese Freiheiten beschneiden. Was hätten sie zur Folge? Eine Beschränkung der Wählbarkeit der Hochschulleitung durch die akademische Gemeinde, Umformulierung der Kompetenzen und Ersetzung eines Teils der Wahlen durch Ernennung von oben. Weiter eine Beschränkung der Kompetenz, mit den anvertrauten Mitteln aufgrund eigener Entscheidung zu disponieren, Eindringen privater finanzieller und geschäftlicher Interessen in die Hochschulwirtschaft, Einschränkung einer freien Forschung, und einer Unterordnung von Unterricht und Forschung den aktuellen Bedürf-

nissen des freien Marktes. Auch die Hochschulen sollen sich der unsichtbaren Hand des Marktes fügen: Forscher sollen im Auftrag arbeiten, Lehrkräfte sollen das unterrichten, was momentan der Arbeitsmarkt nachfragt, Absolventen sollen Fachidioten werden; Produkte sollen mit gründlich internalisierter Bereitschaft, einem privaten Interesse dienen. Die Hochschulen sollen zu Leibeigenen werden.

Wir fordern deshalb nicht nur die akademische Gemeinde, sondern auch die breite Öffentlichkeit auf, uns in der Verhinderung dieses Prozesses zu helfen! Nehmt an den Protesten teil! Wir kämpfen nicht um eigene Privilegien, sondern verteidigen die Freiheit der Forschung und deren Anwendung und damit auch die Freiheit der Gesellschaft als solcher.

Quelle: <http://prohlaseni.zasvobodnevysokeskoly.cz/index.php?lang=de&alias=&action=>

## »Die Hochschulreform ist Teil der Regierungspolitik – Reduzierung der öffentlichen Finanzierung, mehr marktgesteuerte Mechanismen«

Interview mit Miroslav Jašurek, Vorsitzender der Studentenkammer des Hochschulrates in Prag

In der »Woche der Unruhe« Ende Februar wurden bis zu 10.000 Demonstranten in den Straßen Prags gezählt: Warum finden studentische Proteste in solchem Ausmaß statt? Was ist ihr Ziel?

Die Proteste richteten sich gegen die Einführung der Hochschulreform, die vom Bildungsministerium vorgeschlagen wurde. Der Reformvorschlag enthielt Änderungen der Hochschulverwaltung, des Studienverlaufs und der Finanzierung sowie Änderungen im System der Qualitätskontrolle. Das derzeitige Hochschulsystem in der Tschechischen Republik bezieht sich immer noch auf Humboldts Auffassung der Universität als Gemeinschaft von Akademikern und Studenten, die gemeinsam am Unterrichten und Lernen teilnehmen, was wiederum mit Forschung und anderen kreativen Tätigkeiten in Verbindung steht. Die Verwaltung der Hochschulen basiert auf der Auffassung einer unabhängigen Selbstverwaltung der akademischen Gemeinschaft, mit einem hohen Grad an studentischer Beteiligung. Studenten, die an öffentlichen Institutionen eingeschrieben sind (beinahe 85% aller Studenten der Tschechischen Republik), bezahlen keine Studiengebühren.

Die Reform sollte Studiengebühren für alle Studenten in Höhe von ungefähr 400 Euro pro Semester einführen, die studentische Beteiligung in den Verwaltungsorganen reduzieren (zur Zeit liegt der studentische Anteil zwischen einem Drittel und der Hälfte aller Mitglieder des Senats) und ein neues Verwaltungsorgan einführen, dessen externe Vertreter einen direkten Einfluss auf den Alltag der Universität ausüben würden.

Dieser Reformvorschlag wurde von den Vertretern der Hochschulen verworfen – von der Rektorenkonferenz, dem Hochschulrat und auch von den Studentenvertretern. Die Vertreter der Hochschulen teilten ernsthafte Sorgen bezüglich der Auswirkungen einer solchen Reform, was die Qualität der Hochschulbildung, die akademischen Frei-

heiten und den öffentlichen Charakter der Hochschulen in der Tschechischen Republik betrifft. Deswegen bestand das Hauptziel der Proteste darin, dass die Regierung den Reformvorschlag zurücknimmt und die Verhandlungen mit den Hochschulvertretern neu beginnen, damit die nächsten Änderungen im tschechischen Hochschulsystem konstruktiv und nicht destruktiv werden.

Wann und warum begannen die Proteste? Gab es weitere große Demos außer denen im Februar und April?

Die Proteste begannen am 19. Januar 2012 mit dem Streik der akademischen Gemeinschaft der Karls-Universität in Prag – dieses Ereignis war der Anfang weiterer Aktivitäten. Im Februar wurden weitere Veranstaltungen an anderen Universitäten organisiert, ihr Hauptziel war es, ein Bewußtsein für den Reformvorschlag und dessen Risiken zu wecken. Eine Gruppe von Studenten und Akademikern verfasste ein alternatives Dokument mit dem Titel »Der kritische Führer zur Hochschulreform«, in dem die Gefahren und Risiken der Reform erklärt wurden. Es fand große Verbreitung an Universitäten unter Studenten und Akademikern. Nach dem Ende der Woche der Unruhe gab es keine großen Demonstrationen mehr, hauptsächlich wegen des Rücktritts des Bildungsministers Dobeš.

Was ist während der Proteste passiert? Wie wurden sie organisiert, welche Aktionen und Initiativen gab es?

Der sichtbarste Teil der Proteste bestand aus den Demos in den tschechischen Universitätsstädten, es gab aber auch andere Veranstaltungen. Die sogenannte Woche der Unruhe begann mit einer Reihe von Veranstaltungen, die in zwölf Universitätsstädten stattfanden – die Nacht der

Universitäten. Sie umfasste Vorlesungen, Debatten, Präsentationen von Forschungstätigkeiten, kulturelle Veranstaltungen, usw. Das Hauptziel dieser Veranstaltung war es, dem Publikum die Vielfalt der Universitätstätigkeiten zu präsentieren – die wichtige Rolle der Universitäten und ihre kreativen Tätigkeiten zu zeigen. Danach folgten die Demos und Protestzüge. Die meisten Veranstaltungen wurden gemeinsam von der nationalen Studentenvertretung organisiert – von der Studentenkammer des Hochschulrates, studentischen Mitgliedern der akademischen Senate der Universitäten und der bürgerlichen Initiative »Für freie Hochschulen«. Allerdings boten auch die Institutionen Unterstützung – wir haben keine Versuche von Seiten der Verwaltung wahrgenommen, die Veranstaltungen an den Hochschulen zu verhindern. Manche Rektoren gaben sogar den Studenten und Lehrern offiziell den Tag frei, damit sie an den Demos teilnehmen konnten.

Wer nimmt an den Protesten teil? Studenten, Professoren, Leute außerhalb der akademischen Welt? Wer leitet sie?

Die meisten Teilnehmer waren natürlich Studenten, aber auch Akademiker (einer der Hauptsprecher der Prager Demo war der Vizerektor der Karls-Universität Stanislav Štech), Lehrer und auch Leute außerhalb der Akademie. Man kann nur schwer von einer einzigen Leitung sprechen, ganz viele Aktivitäten und Veranstaltungen wurden von unten initiiert.

Wie kompakt ist die Bewegung? Vertritt sie eine bestimmte politische Richtung oder ist sie unabhängig vom Rechts-Links Schema?

Die Universitäten in der Tschechischen Republik sind immer noch sehr vorsichtig, wenn es darum geht, mit einer politischen Partei oder gar einer politischen Bewegung assoziiert zu werden. Zum Teil ist dies die Folge der Entwicklung vor November 1989, als die Universitäten von der Kommunistischen Partei, die an der Macht war, kontrolliert wurden. Von daher haben sich die Proteste nicht in einer partei-ähnlichen Sprache ausgedrückt.

Zur Zeit wäre es übertrieben, von irgendeiner Art Bewegung zu sprechen, da die Proteste sehr eng mit dem Reformvorschlag und der Figur des ehemaligen Bildungsministers Josef Dobeš in Verbindung standen. Allerdings hatten die Proteste sowie andere Initiativen ein gemeinsames Ziel, nämlich einen starken Einspruch gegen den Reformvorschlag, auch wenn deren einzelne Beweggründe nicht immer dieselben waren.

Würdest Du sagen, dass die Proteste bereits erfolgreich waren?

Die derzeitige Regierung ist sehr widerwillig, was Reaktionen auf unterschiedliche Formen von öffentlichem Dissens betrifft. Meistens benutzt sie die Rhetorik der »Reform« und behauptet, dass Reformen eben nicht schmerzlos sind, dafür aber trotzdem notwendig. Dies ist auch im Fall der Hochschulreform passiert. Nach dem Rücktritt des Ministers hat der neue Minister immerhin den Reformvorschlag aus den Verhandlungen der Regierung zurückgezogen. In

dieser Hinsicht waren die Proteste erfolgreich, obwohl wir wiederum auch nicht sagen können, dass die Proteste der einzige Grund für die Zurücknahme der Reform gewesen sind. Persönlich erachte ich es als großen Erfolg, dass die akademische Gemeinschaft, Studenten zusammen mit ihren Lehrern, ihre Fähigkeit bewiesen hat, als Einheit zu agieren und sich schnell und sehr effizient zu organisieren. Es hat sich auch gezeigt, dass Akademiker und Studenten ähnliche Werte teilen, und dass sie dazu imstande sind, aufzutreten, um diese zu verteidigen.

Wie entwickeln sich die Dinge jetzt? Was wird als nächstes passieren?

Auch wenn die Proteste keinen sofortigen und direkten Effekt erzielt haben, wurde der Reformvorschlag von der Regierung weder diskutiert, noch gebilligt, wie eigentlich geplant. Herr Dobeš ist am 21. März zurückgetreten. Im April gab es eine Art Regierungskrise, eine der Regierungsparteien hat sich geteilt und die »ursprüngliche« Partei hat die Regierung verlassen; der »neue Teil« ist allerdings in der Regierung geblieben und die Regierung hat immer noch die Mehrheit im Parlament. Erst danach ist der neue Bildungsminister Petr Fiala eingetreten. Er ist nicht Mitglied irgendeiner Partei und wurde vom Ministerpräsident höchstpersönlich als Experte gewählt – bis 2011 war er Rektor der Masaryk Universität in Brno, der zweitgrößten Universität in der Tschechischen Republik. Herr Fiala hat angekündigt, er sei bereit, den Reformvorschlag zu revidieren und ihn mit den Vertretern der Hochschulen zu verhandeln. Gleichzeitig hat er vor, einen Vorschlag zur Einführung von Verwaltungsgebühren zu entwickeln, der die ursprüngliche Idee der aufgeschobenen Studiengebühren ersetzen soll – immerhin wäre es eine der größten Änderungen im Hochschulsystem seit 1990.

Welche Verbindung gibt es zwischen den Protesten und dem Rücktritt des Bildungsministers? Was hältst Du von den offiziellen Gründen, die er angeführt hat?

Josef Dobeš ist zurückgetreten, nachdem während einer Regierungsversammlung Einsparungen für das laufende Steuerjahr 2012 im Bereich der Bildung gebilligt wurden. Der Minister hat verlangt, mehr Geld in anderen Bereichen als in der Bildung einzusparen, war aber nicht erfolgreich. Andere Gründe für seinen offiziellen Rücktritt waren bedeutsame Probleme mit der Hochschulreform, der Schulreform, den europäischen Geldern, dem regionalen und lokalen Bildungssystem und der allgemeinen Handhabung des Ministeriums – und seine Unfähigkeit, sie zu lösen. Die Regierungsversammlung war ein ziemlich guter Vorwand für den Rücktritt, auch wenn der Minister behauptet hat, dass nur die finanzielle Lage des Bildungsbereichs von Belang sei.

Sind die Proteste beim breiteren Publikum eher auf Unterstützung oder Ablehnung gestoßen?

Im Allgemeinen haben wir ganz viel publicity bekommen – im Vergleich zu den Gewerkschaftsprotesten, die von der Menge der Protestierenden her viel größer waren. Wir wur-

den auch von kulturellen Institutionen, etwa von den Theatern in Prag, von bürgerlichen Initiativen und von der breiteren Öffentlichkeit unterstützt.

Wie wurden die Proteste präsentiert bzw. dargestellt in den tschechischen Medien?

Manche Medien, wie beispielsweise der größte kommerzielle Fernsehsender Nova, hat versucht, die Proteste anzuklagen, und hat die Studenten als Leute dargestellt, die eigentlich gar nichts über die Reform wissen und nur gegen die Gebühren protestieren – diese Versuche waren allerdings nicht sonderlich erfolgreich. Der Schlüsselfaktor dafür war, dass die Proteste sich nicht nur gegen Gebühren richteten, und dass wir, zusammen mit den Akademikern, fähig waren, dem breiteren Publikum zu erklären, warum wir protestieren. Außerdem war die Bewegung ziemlich dezentralisiert, sodass es für die Medien schwierig war, eine oder zwei wichtige Figuren zu verurteilen oder leicht die ganze Bewegung mit ihnen zu identifizieren.

Das allgemeine Bild war eher unscharf, weil die Medien zugleich Minister Dobeš sehr stark kritisierten; die meisten aber, vor allem die Tageszeitungen, unterstützten eher die Reformen, vor allem die Einführung von Studiengebühren.

Gibt es eine Verbindung zwischen den geplanten Änderungen des Universitätssystems und den Änderungen und Entwicklungen auf einer breiteren politischen Ebene? Haben die Proteste eine breitere politische Wirkung? Sprechen sie allgemeinere Fragen an?

Die Hochschulreform ist Teil der Regierungspolitik gemeinsam mit Reformen im Gesundheitssystem, der Rentenreform, der Steuerreform und anderen. Das Hauptziel ist ähnlich – Reduzierung der öffentlichen Finanzierung, mehr marktgesteuerte Mechanismen nach Manager-Art, weniger Verfügbarkeit für die breite Öffentlichkeit. Allerdings ist, wie ich schon gesagt habe, die Hochschulgemeinschaft nicht sehr willig, direkt an der parteipolitischen Logik teilzunehmen, weshalb es keine Überlappung gegeben hat zwischen den Protesten gegen die Hochschulreform und anderen Protesten.

Die einzige Ausnahme war die Teilnahme der Bewegung »Für freie Hochschulen« an den Protesten der Gewerkschaften gegen die Reformen und die Regierung als solche, die Neuwahlen gefordert haben. Nachdem die Leiter der Initiative sich entschieden haben, sich an den breiteren politischen Aktivitäten und nicht nur an Fragen der Hochschulen zu beteiligen, hat ein Teil der Mitglieder die Initiative verlassen. Die studentische Teilnahme an den Protesten, die von den Gewerkschaften organisiert wurden, war eher unbedeutend.

Findet zur Zeit ein politischer Wechsel statt in der Tschechischen Republik, d.h. weg von einer neoliberalen Politik?

Es gibt zunehmend eine öffentliche Ablehnung der Regierungsreformen – diese können tatsächlich als neoliberal bezeichnet werden. Aber die Regierungspolitik ändert sich überhaupt nicht. Wie ich schon gesagt habe, die Regierung zeigt keine bedeutende direkte Reaktion auf große öffentliche Veranstaltungen wie die Demonstration der Gewerkschaften im April, als hunderttausend Menschen auf der Straße waren.

Gehören die derzeitigen Proteste in die Tradition der Studentenproteste von 1939, 1968 und 1989, oder haben sie sich davon gelöst?

Die Proteste wurden tatsächlich mit der Tradition der Studentenproteste in Zusammenhang gebracht – sowohl in den Medien als auch von Seiten mancher Organisatoren. Diese Verbindung wurde allerdings nicht durch alle Organisatoren unterstrichen, und wir als der nationale studentische Vertretungskörper haben eher alle Versuche zurückgewiesen, die Proteste besonders mit denen von 1939 und 1989 zu vergleichen, da die Situation völlig anders war.

Trifft die Kritik der Restrukturierung und Reorganisation des Bildungssystems auch auf andere europäische Länder zu? Könnte es geradezu als allgemeine Tendenz betrachtet werden, die Europa als Ganzes betrifft?

Es findet sicherlich eine ganze Reihe von Reformen des Bildungssystems statt in vielen Ländern – und sie sind ähnlicher Natur. Alle Reformen versuchen, die akademische Selbstverwaltung zu reduzieren, die akademischen Freiheiten und die Unabhängigkeit der höheren Bildung im allgemeinen einzuschränken, Studiengebühren einzuführen oder zu erhöhen, und höhere Bildung sehr stark mit den vermeintlichen Bedürfnissen des Arbeitsmarktes zu verbinden. In dieser Hinsicht ist es sicherlich eine sehr negative, aber immer noch sehr mächtige Tendenz.

Ist die tschechische Studentenbewegung Teil eines internationalen Netzwerkes? Ist sie mit anderen europäischen Studentenprotesten verbunden?

Die nationale tschechische Studentenvertretung ist Mitglied der europäischen Studentenunion (ESU), und diese hat unsere Proteste unterstützt. Meistens unterstützen auch wir Proteste in anderen Ländern, wie zum Beispiel neulich in Ungarn und Spanien.

Warum haben die europäischen Medien, vor allem in Deutschland, so wenig über die tschechischen Proteste berichtet?

Ich kenne die Situation nicht so gut, aber ich vermute, es ist die Folge der allgemeinen Rezeption der Tschechischen Republik im Ausland und der Relevanz ihrer sozialen und politischen

Fragen. Außerdem steht Hochschulpolitik meistens relativ im Hintergrund im Vergleich zu anderen wichtigen Themen, über die aus dem Ausland berichtet wird.



# Das Theater als Ersatz des Parlaments

## Interview mit Alena Wagnerová

*Alena Wagnerová hat die neusten Studentenproteste in der Tschechischen Republik als Beobachterin und Aktivistin begleitet. Sie wurde 1939 in Brno (CZ) geboren, studierte dort Biologie und Pädagogik, anschließend Theaterwissenschaft. Ab 1966 lebte sie in Prag. 1969 zog sie in die BRD, wo sie Germanistik und Komparatistik studierte. Seitdem wohnt sie zwischen Saarbrücken und Prag, schreibt auf Tschechisch und Deutsch Erzählungen, Essays, Theaterstücke, Hörspiele, Beiträge für deutsche und tschechische Zeitungen und Zeitschriften. Sie hat die Biographie Milena Jesenskás, der Baronin Sidonie Nádherná und der Familie Kafka verfasst, zudem hat sie Milena Jesenskás Briefe herausgegeben.*

Sehen sich die Studierenden in Tschechien in der Protesttradition von 1939 – 1968 – 1989 [siehe historischer Abriss auf Seite VIII]?

Schon. Es ist der 17. November 1939, der diese Tradition begründet. Worum es damals ging? Am 28. Oktober 1939, dem Staatsfeiertag der Tschechoslowakischen Republik, demonstrierten Prager Studenten gegen die deutsche Okkupation. Es kam zu einem Zusammenstoß mit der Polizei, bei dem der Medizinstudent Jan Opletal tödlich verletzt wurde. Seine Beerdigung am 17. November verwandelte sich in eine große Demonstration, worauf die Okkupationsmacht mit der Hinrichtung von neun Studenten, der Schließung der tschechischen Hochschulen im Protektorat und der Deportation von 1200 Studenten ins Konzentrationslager reagierte. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges hat man den 17. November zum Internationalen Tag der Studenten erklärt, davon weiß man im Westen heute wohl nichts mehr. Die tschechischen Studenten hatten ihn aber durch all die Jahre immer gefeiert. Es ist kein Zufall, dass gerade der Zug der Studenten zum fünfzigsten Jahrestag des 17. November zur Initialzündung der Samtenen Revolution wurde. Nicht zuletzt waren die tschechischen Studenten auch die letzten, die bis April 1969 an den Idealen des Prager Frühlings festhielten. Man braucht nur an die Selbstverbrennung Jan Palachs zu denken. Eine starke Tradition des Ungehorsams, des Protestes ist also da, auf die man sich stützen kann, die trägt. Und es gibt bei uns auch eine Art Glauben an die Studenten als politische Kraft.

In der Berichterstattung über die italienischen Studierendenproteste schafften es die Medien, in der Gesellschaft das Feindbild des faulen Studenten zu konstruieren, der zu nichts nütze ist und nicht arbeiten will. Wäre so etwas in der tschechischen Gesellschaft möglich?

Nein, einige regierungsfreundliche Medien hätten es schon gerne gemacht, es ist ihnen aber nicht gelungen, die Studenten als eine faule Truppe abzuservieren. Und der Versuch, den ganzen Protest auf die Frage der Studiengebühren zu reduzieren, schlug weitgehend fehl. Inzwischen protestiert die ganze tschechische Öffentlichkeit gegen die Politik der Regierung.

Haben die Intellektuellen denn in Tschechien ein größeres Ansehen?

Ich würde statt »Intellektuelle« lieber »Kultureliten« sagen. Die Kultureliten waren traditionell in der tschechischen Gesellschaft die führende Kraft. In der Zeit der tschechischen Wiedergeburt im 19.

Jahrhundert sind wir als eine Nation wiederentstanden und daran hatten die Schriftsteller und Künstler einen Löwenanteil. Bis 1918 gehörten wir zu der österreichischen Monarchie und hatten keine eigene Staatlichkeit, es konnte sich also keine prägnante politische Elite entwickeln. Die Kultureliten ersetzten gewissermaßen die politischen. Bildhaft ausgedrückt, ersetzte das Theater das Parlament. Auch das ist eine Tradition: In der Samtenen Revolution 1989 fanden die ersten Debatten der Bürgerforen in den Theatern statt. Und nach dem gewaltsamen Ende des Prager Frühlings 1968 ist der wesentliche Teil der Kulturschaffenden in die Opposition oder ins Exil gegangen.

Mit der historischen Entwicklung der tschechischen Gesellschaft, der mangelnden eigenen Staatlichkeit bis 1918, hängt zusammen, dass sich die politischen Eliten sehr oft aus den Kultureliten rekrutierten. Dies gilt auch für den ersten Präsidenten der Tschechoslowakei in den Jahren 1918 bis 1935, Thomas Garrigue Masaryk, der als Philosoph und Universitätsprofessor Repräsentant der Kultureliten war.

Ebenso gehörte als Schriftsteller und Dramatiker Václav Havel der Kulturelite an, der nach der Samtenen Revolution 1989 Staatspräsident wurde. Es gibt, beziehungsweise es gab, bis 1989 in Tschechien eine Tradition, dass die Kultureliten auch im politischen Leben der Gesellschaft ein Wort mitreden.

Haben die Nazis 1939 die Universitäten in Tschechien auch deswegen geschlossen, um das Volk auf die Knie zu zwingen?

Sicher. Die Nazis wollten die Nation der Eliten berauben, um sie dann leichter beherrschen zu können. Aber das Bewußtsein, dass uns nur die Kultur als Nation erhalten kann, war damals sehr ausgeprägt. 1989 bedeutet in dieser Hinsicht einen gewissen Bruch. Die neuen politischen Eliten, also speziell die rechte ODS von Václav Klaus, hat die Kultureliten aus ihrer zentralen Position in der Gesellschaft verdrängt, weil sie in ihnen eine Konkurrenz in der Beeinflussung der Gesellschaft sahen, und die Kultureliten haben ihre Position einer spezifischen politischen Kraft, die nicht der Parteipolitik, sondern der Polis, der Gemeinde, in ihrer Selbstreflexion dient, kampflos geräumt, weil sie in der Existenz eines freien unpolitischen Schriftstellers ihre Befreiung von den früheren Zwängen der Politik sahen. Es war ein großes Mißverständnis, das sich bis heute rächt. Denn die Rechte mit ihrer neoliberalen Ideologie braucht die Kultur nur als Unterhaltung und Event. Ein schierer Utilitarismus also. So sieht augenblicklich die Situation aus. Die Woche der Unruhe ist auch ein Protest dagegen, gegen die Aushöhlung des kulturellen Erbes, wozu auch die Universität als Institution gehört.





Bereits 2004 gab es eine »Woche der Unruhe«. Worum ging es damals?

Die Etats der Universitäten sollten radikal gekürzt werden. Damals ging es noch nicht wie diesmal um eine neue Hochschulpolitik, die totale Umstrukturierung der akademischen Institutionen und die Beschneidung ihrer Autonomie und die Kommerzialisierung der Hochschulausbildung mit der Einführung der Studiengebühren. Es war noch kein Gesetz, sondern »nur« Sparmaßnahme. Die Studenten und Dozenten sind aus Protest gegen diese radikalen Kürzungen auf die Straße gegangen. Und es zeigte sich, dass die Universitäten, wenn sie auf die Barrikaden gehen und solidarisch sind, doch große Macht haben. Denn nachdem die Universitäten geschlossen erklärten, unter diesen Bedingungen werden sie keine Erstsemester aufnehmen und keine neuen Jahrgänge öffnen, hat die Politik nachgegeben. Aber freilich nach Hintertürchen gesucht, um ihre Politik der Verwirtschaftlichung aller Bereiche des Lebens doch durchzusetzen.

Was unterscheidet die aktuellen Proteste von denen im Jahr 2004?

Jetzt geht es um viel mehr, um das »Umkrempeln« aller Universitäten nach dem Geist des Neoliberalismus, also Kommerzialisierung und Ökonomisierung des Hochschulbetriebes, die Öffnung der Hochschulen dem Einfluß der Öffentlichkeit gegenüber, das heißt den Interessen der Wirtschaft in den Gremien und denen der Drittmittel. Mit dieser Ökonomisierung hängt auch die Einführung von Studiengebühren zusammen. Die Unis werden zu Dienstleistungsunternehmen und die Studenten zu Klienten degradiert. In Deutschland ist dieser Prozess, der bereits in den 90er Jahren begann, fast abgeschlossen. Und gegen diese Ökonomisierung als Grundproblem haben sich die tschechischen Studenten in ihrer Erklärung [siehe Seite I-II] ganz klar ausgesprochen. Sie berufen sich dabei auf die ursprüngliche Funktion der Universitäten in Europa und auf die Freiheit von Forschung und Lehre. Sie berufen sich auf das, was die Universität per se ist: ein Ort des freien Geistes. Sie sollte es wenigstens sein und dafür muss man kämpfen.

Betreiben die tschechischen Studenten diese Ursachenanalyse, weil sie die Folgen dieser Umstrukturierungen des Hochschulwesens an anderen Universitäten wie in Deutschland bereits beobachten können? In Deutschland gab es in den 90er-Jahren fast gar keinen Widerstand dagegen.

Dass die Tschechen jetzt schon eine so fundierte Ursachenanalyse betreiben, liegt meines Erachtens nicht daran, dass die tschechischen Studenten die Folgen an den anderen europäischen Universitäten beobachten, sondern an der großen Frustration über die Politik insgesamt. Und dass man einen Maßstab hat, an dem man die heutigen Verhältnisse messen kann. Und dieser Maßstab liegt nur 20 Jahre zurück: es ist das Jahr 1989 und das Versprechen der Samtenen Revolution, das wir damals bekommen haben: das Versprechen einer freien humanen demokratischen Gesellschaft. Und dieses Versprechen wird mit dem heutigen Zustand der Gesellschaft verglichen. Und man sieht, dass die Erwartungen sich nicht erfüllt hatten, dass das Land von einem groben Raffkapitalismus unter einer rechten, dazu noch unfähigen, Regierung zu ersticken droht.

Und das ist das große Dilemma, in dem sich die Studenten befinden: Denn viele haben rechts gewählt, die meisten die rechts-

konservative Top 09. Doch jetzt erleben sie, dass keines dieser Versprechen der Rechten: Erfolg, Geld, Lebensqualität, Reichtum, usw. in Erfüllung ging. Im Gegenteil, die Arbeitsbedingungen sind hart und gute Lebensqualität fast unbezahlbar. Und so kommt jetzt ein langsamer Widerstand dagegen auf. Und nicht zuletzt sind es gerade die rechten Parteien, die das Wort Freiheit im Schilde tragen als den höchsten Wert, und die jetzt den Universitäten ihre Autonomie und Freiheit nehmen wollen.

Beeindruckend, dass diese Ursachenanalyse so früh und scharf einsetzt.

Ja, das ist komisch bei uns: Wir sind oft in der Geschichte etwas früher als das andere Europa gewesen: Reformation fast hundert Jahre vor Luther, 1968 Reformkommunismus fast zwanzig Jahre vor Gorbatschow. Mag sein: Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben. Aber wer zu früh kommt, der wird von der Geschichte bestraft. Sowohl die Reformation als auch den Prager Frühling haben wir teuer bezahlt. Aber trotzdem, wenn ich jetzt etwas fantasieren dürfte, wenn der Funke des Widerstandes gegen die Einschränkung der Freiheit der Universität, gegen die Überhand nehmende Drittmittelfinanzierung, auf die deutschen Universitäten überspringen würde, wäre es schon eine Hoffnung, dass das Ende des Neoliberalismus, der langsam Europa in eine Wüste verwandelt mit seinem technokratischen utilitaristischen Denken, doch naht.

Ist der Freiheitsbegriff für die neue tschechische Studentenbewegung von großer Bedeutung?

Die Freiheit der Hochschulen schon. Mit dem neuen Gesetz wäre die traditionelle akademische Freiheit arg beschnitten.

Es besteht also eine Spannung?

Das große Dilemma ist, dass die Initiatoren und die Aktivisten der studentischen Initiative politisch links stehen, aber die Mehrheit der Studenten eher rechts. Der Prozess der Ernüchterung aus der rechten Politik setzt bei den studentischen Wählern der rechten Parteien jetzt erst ein. Die Proteststimmung wächst aber in der ganzen tschechischen Gesellschaft und könnte auch die bisher rechts gesinnten Studenten erfassen. Der populistische, unreflektierte »Gewohnheitsantikommunismus« ist allerdings bei uns noch zu stark und es ist sehr fraglich, ob die Mehrheit der Studenten eine ausgeprägte Linksorientierung der Studentenbewegung akzeptieren würde. Das war jedenfalls die Situation Ende April und sie konnte sich inzwischen stark ändern. Damals diskutierte man auch noch darüber, ob man sich mit den Gewerkschaften und anderen kritischen Kräften in der Gesellschaft verbinden soll.

Die Idee ist also, dass man die rechte Politik von innen heraus aufbricht, ihre Widersprüche zu Tage fördert, statt dass man sie von außen – mit einer linken Argumentation – kritisiert?

Das wäre der Weg, denke ich. Ich denke, es wäre wichtig, die ganze Debatte aus dem Rechts-Links-Schema herauszuholen und sie zu einem Kulturthema machen, zur Frage der europäischen Identität. Das müsste man versuchen, das wäre auch möglich, das könnte die ganze Diskussion gegen den Neoliberalismus beflügeln. Wenn man sagen würde: Wir kämpfen für Europa, und die europäische Union ist ein Zusammenhalt der europäischen Werte.

Und was sind die europäischen Werte dann?

Durch die ganze europäische Geschichte ziehen sich wie ein roter Faden die Bemühungen, die Welt gerechter und den Einzelnen freier zu machen. In verschiedenen Epochen der Geschichte nahm dieser Grundgedanke unterschiedliche Formen an. Was anderes war die Reformation mit ihrer Forderung der Freiheit des Gewissens, der Humanismus, der Emanzipationsschub der Aufklärung, die französische Revolution, der Sozialismus? Dass man dabei immer auf dem halben Wege stecken blieb, ist etwas anderes, aber der Zug zum Guten für alle ist unverkennbar. Für mich sind die Werte der europäischen Kultur durch das Koordinatensystem Freiheit, Gleichheit, Solidarität gegeben. Und der Neoliberalismus bedroht dieses Erbe.

Das heißt, man sollte weg von einer ökonomischen Debatte zu einer Wertedebatte gehen? Das ist, was in der europäischen Politik fehlt? Deswegen wird die Frage »bringt Europa was oder nicht?« nur in ökonomischer Hinsicht abgehandelt?

Genau. Weil wenn man alles nur unter dem Gesichtspunkt der ökonomischen Rationalität sieht, bleibt letztlich kein Platz mehr für das Humane, für die Solidarität mit den Schwachen, das Grundthema des Evangeliums. Dies sieht man in den postsozialistischen Gesellschaften mit ihrem elementaren Kapitalismus viel deutlicher als hier.

Ist das Problem des Neoliberalismus also eigentlich, dass er keine Werte hat?

Ja. Der Neoliberalismus hat keine Werte und vor allem macht er das Mittel, das zum Austausch von Gütern notwendig ist, also das Geld, zum Ziel des Strebens des Menschen. Und damit werden die ethischen Grundlagen der Gesellschaft ausgehöhlt.

Es fehlt also etwas ganz Konservatives? Die Links-Rechts-Kategorien brechen zusammen, funktionieren nicht mehr.

Europa ist bedroht von innen, nicht von außen. Ich habe neulich einen Vortrag von Petr Drulák, einem tschechischen Politologen gehört, der mir sehr zu denken gab. Man denkt heute immer, sagte er, dass wir in Europa von außen bedroht sind. Das sind die Stichworte Terrorismus und so weiter. Aber Europa ist von innen bedroht, weil es die Kulturwerte, auf denen es aufgebaut ist – er hatte das mit der Triade Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit erfasst – diese jahrhundertealte traditionellen Werte mit allen ihren Auf- und Abs erodieren lässt. Europa ist also von innen bedroht, von der Auszehrung seiner eigenen Werte und nicht von außen. Diese These weist meines Erachtens in die Richtung, in die man weiter denken müsste.

Ich glaube auch, dass die Rede von der Bedrohung von außen eher ein Ablenkungsmanöver ist.

Genau. Diese Konzentration auf dieses Thema. Und den inneren Gefahren widmet man zu wenig Aufmerksamkeit, was z.B. alles bedroht ist, wenn sich manche Universitäten schon ihren Betrieb mit 50% aus Drittmitteln finanzieren müssen mit der entsprechenden Beeinflussung der Lehre und Forschung, die man nicht ausschließen kann. Ich denke, es wäre hilfreich, einmal wieder die – im deutschen Denken traditionelle – Unterscheidung zwischen der Zivilisation und der Kultur zu bemühen. Zivilisation schafft die materiellen Bedingungen und den technischen Fortschritt, die Kultur den Überbau, das Drüber, die würdigen Lebensbedingungen für den Menschen, die mit dem Rationalen nicht erschöpft sind. Es geht um das Gleichgewicht zwischen der Zivilisation und der Kultur. Und auch diese Überlegung könnte hilfreich sein für das Nachdenken über die Alternativen zu dem Neoliberalismus mit seinem Diktat der Finanzmärkte. Manchmal kommen mir die Rating-Agenturen mit ihrer Unnachgiebigkeit und Macht wie eine neue Komintern vor.



# Geschichte der Studierendenproteste in Tschechien

## 1939

**28. Oktober 1939** – Jahrestag der Gründung der Tschechoslowakei; Bürger und Studenten protestieren gegen die deutsche Besatzung; deutsche Polizeibehörden schießen auf die Demonstranten, der 23-jährige Medizinstudent Jan Opletal wird getroffen und stirbt am 11. November.

**15. November 1939** – Tausende beteiligen sich am Trauerzug für Jan Opletal; es werden tschechische Lieder gesungen (u.a. die Nationalhymne) und antideutsche Parolen ausgerufen. Daraufhin verordnet Hitler die Schließung aller Hochschulen. Am 16. November werden neun Studentenfürher verhaftet und ohne Gerichtsverfahren erschossen, 1200 Studenten werden am 17. November, nach nächtlichem Überfall von SS-Kommandos in den Wohnheimen, ins KZ Sachsenhausen deportiert.

## 1968

In Prag protestieren Studenten bereits 1967 für bessere Studienbedingungen. Am 31. Oktober 1967 wird eine Demo von ca. 1500 Studenten, die mit Kerzen auf den Hradschin marschieren, um gegen die dürftige Lage der Wohnheime zu protestieren, gewaltsam niedergeschlagen. Die Studenten fordern daraufhin die Bestrafung der Schläger.

**5. Januar 1968** – Alexander Dubček wird erster Sekretär der KP. Ein »Sozialismus mit menschlichem Antlitz« scheint möglich, die Reformen kommen von oben. Am 4. März wird die Zensur abgeschafft. Studenten nehmen aktiv teil an den Debatten zur Demokratisierung des Landes.

**27. Juni 1968** – Der Schriftsteller Ludvík Vaculík veröffentlicht mit weiteren 67 Intellektuellen, Schriftstellern und Künstlern das »Manifest der 2000 Worte«, in dem der Sozialismus grundsätzlich in Frage gestellt wird.

**21. August 1968** – Sowjetischer Einmarsch. Panzer dringen in die Innenstadt Prags ein. Eine halbe Million fremder Soldaten befindet sich im Land. Die Studenten stellten sich ihnen entgegen. Große antisowjetische Demos am 28. Oktober (50. Jahrestag der Gründung der Tschechoslowakischen Republik) und am 51. Jahrestag der Oktoberrevolution.

Der Prager Frühling wird gewaltsam niedergeschlagen; es folgt die »Phase der Normalisierung«: Lehrer, Journalisten, Wirtschaftsfunktionäre, die die Linie der Partei nicht bedingungslos teilen, verlieren ihre Posten.

**15. Januar 1969** – Jan Palach zündet sich auf dem Wenzelplatz an, um gegen die sowjetische Besatzung und die sich verbreitende »totale Hoffnungslosigkeit«, wie er sich in seinem Abschiedsbrief ausdrückt, zu protestieren. Sein Begräbnis wird zu einer Mas-

sendemonstration. Fünf Wochen später zündet sich auch der Student Jan Zajíc auf dem Wenzelplatz an.

Dubček wird gezwungen, zurückzutreten.

## 1989

**15. Januar 1989** – »Palach-Woche«: Dissidenten legen Blumen auf dem Wenzelplatz nieder, es kommt eine Woche lang zu Ausschreitungen mit der Polizei. Es werden Wasserwerfer gegen die Protestierenden eingesetzt, Václav Havel wird verhaftet.

**17. November 1989** – »Schlüsseldatum für den Fall des Kommunismus in der Tschechoslowakei.« (IV, S. 148) – Als Ausbruchereignis der Samtenen Revolution gilt die Gedenkveranstaltung für Jan Opletal. Die Veranstaltung wird offiziell nicht von der Opposition organisiert, sondern vom Sozialistischen Jugendverband, und wird von den Behörden genehmigt. Es nehmen 50 000 Menschen teil. Auf der Nationalstraße wird die Demonstration so gewaltsam niedergeschlagen, dass die Studenten sich bald darauf ausdrücklich gegen das KP-Regime wenden. Die von Petr Uhl verbreitete Nachricht, der Student Martin Smíd sei umgebracht worden, bestärkt die Protestbewegung; später stellt sich heraus, dass die Nachricht falsch ist.

Die Schauspieler der Prager Theater weigern sich, aufzutreten, die Prager Studenten rufen für den 27. November zu einem zweitägigen Generalstreik auf. Die Mitglieder der Charta 77 fordern den Rücktritt der Verantwortlichen für die Niederschlagung der Proteste. Die Opposition fängt an, sich aktiv zu beteiligen, Václav Havel kehrt nach Prag zurück, am 19. November wird das Bürgerforum gegründet und zu einer Untersuchungskommission der Ereignisse vom 17. November aufgerufen.

## Quellen

- I Katrin Bock, Der 17. November 1939, <http://archiv.radio.cz/deutsch/geschichte/30-10-99.html> (Zugang am 14. 6. 2012).
- II Norbert Frei, 1968. Jugendrevolte und globaler Protest (München 2008).
- III Rudolf Lenk, La Tchécoslovaquie de Masaryk à Havel (Hamburg 1996).
- IV Niklas Perzi, Beata Blehova, Peter Bachmeier (Hrsg.), Die Samtene Revolution. Vorgeschichte, Verlauf, Akteure (Frankfurt am Main 2009).
- V Prag 1968, Aus Politik und Zeitgeschichte, 20/2008, 13. Mai 2008.